



<https://biz.li/3wmb>

"GEBROCHENES VERSPRECHEN ZUR BESSEREN MEDIZINISCHEN VERSORGUNG IM OSTEN DER REGION"

Veröffentlicht am 16.01.2025 um 13:32 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung zeigt

sich verärgert über die jüngsten Entwicklungen rund um die medizinische Versorgung im Osten der Region Hannover. „Mit seinem Versprechen, die medizinische Versorgung zu verbessern, hatte der Regionspräsident die Bürgerinnen und Bürger bei den Diskussionen um die Medizinstrategie 2030 der KRH GmbH und die Schließung des Krankenhauses in Lehrte beruhigen wollen. Seine Worte, dass er an diesem Ziel gemessen werden könne, waren nur heiße Luft und haben der Glaubwürdigkeit der Politik geschadet“, so die Gruppe CDU/FDP in heutiger Donnerstag, 16. Januar 2025, in einer Pressemitteilung.

„Die kürzlich vorgestellten Pläne für ein Regionales Gesundheitszentrum (RGZ) als Ersatz für das Lehrter Krankenhaus lassen klar erkennen, dass die versprochene Verbesserung der medizinischen Versorgung nicht in Aussicht steht“, erklären die Politiker. Die Aussage, dass es keine Notfallversorgung mehr geben wird, ist für die Gruppe CDU/FDP inakzeptabel. „Das ist nichts anderes als ein gebrochenes Versprechen“, kritisiert Bernward Schlossarek, Gruppenvorsitzender der CDU/FDP. Dieser hatte zuletzt eine Wiedereinrichtung der 24/7-Notaufnahme gefordert.

„Die Situation vor Ort ist bereits heute alarmierend. Laut Berichten, unter anderem von einem Chirurgen aus Lehrte, sind die Wartezimmer der Arztpraxen überfüllt. Die provisorische Notfallversorgung des noch bestehenden Krankenhauses wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht angenommen, da Unsicherheiten und eingeschränkte Öffnungszeiten das Vertrauen beeinträchtigen“, so Schlossarek.

„Die angestrebte Schließung des Krankenhauses und der Wegfall der Notaufnahme haben eine erhebliche Versorgungslücke hinterlassen, welche die verbleibenden medizinischen Einrichtungen stark belasten. Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger in Lehrte und den umliegenden Gemeinden“, betont Schlossarek.

Die Pläne des Regionspräsidenten, ein RGZ zu etablieren, das angeblich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert sein soll, überzeugen die Gruppe CDU/FDP nicht. „Wenn chirurgische Leistungen durch externe Partner übernommen werden sollen, die bereits jetzt ausgelastet sind, und die Notfallversorgung ausgeschlossen wird, hat das nichts mit bedarfsgerechter Versorgung zu tun“, so Schlossarek weiter.

Die CDU/FDP-Gruppe fordert eine verlässliche und flächendeckende medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger der Region Hannover – unabhängig davon, ob sie in der Landeshauptstadt oder im Umland leben. „Die Menschen haben ein Anrecht darauf, im Notfall schnell und gut versorgt zu werden. Herr Krach sollte die Sorgen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort endlich ernst nehmen“, appelliert Schlossarek abschließend.